

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Erscheint 12mal wöchentlich. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatl. 1.70 M., viertel. 5.10 M. Durch die Post monatlich 1.75 M., viertel. 5.25 M. ohne Beleggeld. Das Beleggeld wird von den Zeitungsträgern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 15 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckverhältnisse: Wiesbaden, Klostergasse 11. Verleger: H. S. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise für Wiesbaden: Die 42 mm breite Rotationszeile 100 Pf., die 90 mm breite Flammzeile 2.50 M.; außerhalb: 200 Pf. beginnend. — Seitenpreise u. Rabatt lt. Tarif. Sonderbeilagen 10 M. pro 1000.

Nummer 56

Dienstag, 3. Februar 1920.

74. Jahrgang

### Ämtliche Erklärung über den Einheitsstaat.

Berlin, 2. Febr. In einer gemeinsamen Sitzung des Reichsministeriums und des preussischen Kabinetts wurde über den in der preussischen Landesversammlung eingebrachten Antrag wegen Herbeiführung des Einheitsstaates beraten. Es herrschte Einigkeit darüber, daß die Reichsverfassung eine ausreichende Grundlage dafür gewährt, die einheitlichen Grundlagen des Reiches zu erhalten und auszubauen. Die Reformen, namentlich bei den süddeutschen Staaten als ob das Reich beibehalten, gegen ihren Willen ihre politischen Rechte zu schmälern, wurde daher offenkundig als unzulässig erklärt. Es wurde auch anerkannt, daß bei der notwendigen Dezentralisation, die in einem Reiche von der Größe Deutschlands unumgänglich seiner staatsrechtlichen Konstitution immer erforderlich sein wird, und die nach mancher Richtung vielleicht sogar eine Erweiterung entgegen könnte, keine Veranlassung vorliegt, Gebilde der süddeutschen Staaten umzuformen. Andererseits wurden die Schwierigkeiten, den preussischen Staat in ein dezentralisiertes Reich einzufügen nicht verkannt. Aber auch hier versprach man sich Hilfe, nicht in dem unhistorischen Gedanken einer Verschlagung Preußens, sondern man vertraute auf die Entwicklung eines organischen über alle Länder hinweg auf die lange Bank schieben. (Schriftl.) zu sehen habe, wie den die Bedeutung des Reiches mit seinen verarbeiteten Aufwandsleistungen gemessen ist und weiter werden wird. Darüber, daß auf dem Wege der Dezentralisation Preußens weiter gewonnen werden muß, war man sich einig. Man verkannte weiter nicht, daß sich bei der gemeinsamen Verantwortung, die das Reich und Preußen für manche große politische Aufgaben tragen, Schwierigkeiten sich ergeben können, wie das auch unter der alten Reichsverfassung immer wieder der Fall war. Es soll deshalb geprüft werden, wie man diese Schwierigkeiten durch eine engere Koordination beseitigen kann. Zur weiteren Klärung dieser Fragen wurde ein Unterausschuß von drei Reichsministern und drei preussischen Ministern gebildet.

### Der 10. Februar.

Dr. Dörken sendet der „Kölnischen Zeitung“ eine Wertschätzung, in der es heißt: „Kein Anhänger der Rheinischen Volksvereinsung“ beabsichtigt, am 10. Februar irgend eine patriotische Handlung zu unternehmen.

### Die Minister am Rhein.

Köln, 3. Febr. Mit dem Berliner D-Zug 6 trafen gestern vormittag gegen 9 Uhr der preussische Ministerpräsident Hirsch, Handelsminister Rischbeck, Finanzminister Dr. Südekum, Justizminister Am Behnhoff und Minister Stegerwald auf dem Kölner Hauptbahnhof ein. Mit diesen Herren sind in Köln angekommen: die Unterstaatssekretäre Lewald, Ling und Busch.

### Das Loch im Westen.

Amsterdam, 2. Febr. Die „Times“ schreibt, daß bereits vor Monaten englische Bankiers und Finanzfachverständige, die Deutschland besuchten, dafür eintraten, daß das Loch im Westen, durch das Deutschland seine Waren ein- und ausführt, geschlossen werden müßte. Damals hat man diesen Vorschlägen keine Beachtung geschenkt. Vielleicht würden sie jedoch jetzt Berücksichtigung finden. Es führt das Schreiben eines Deutschen besprechenden Finanzmannes an, daß sagt, hauptsächlich dem Loch im Westen müßte die riesige Entwertung der Mark zugeschrieben werden. Das Loch im Westen müßte sobald wie möglich geschlossen werden, sonst werde es für die Alliierten genau so nachteilig wie für Deutschland. Es werde Deutschland vermöglicherweise im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen nachzukommen.

### Auch Herr v. Lucius abgelehnt?

Herr v. Lucius, den die deutsche Regierung zum Vertreter in Rom ernannt hatte, ist von der italienischen Regierung abgelehnt worden. Gründe werden nicht genannt. Wenn die Nachricht richtig ist, so beweist sie eine Selbstfremdeit des deutschen Auswärtigen Amtes, die man nicht für möglich halten sollte. Es ist internationaler Brauch, daß man, ehe man Postulanten und Gesandte ernannt, bei der betreffenden Regierung nachfragt, ob sie geneigt ist. Es wäre das doppelte Ansehen bei einer Regierung, mit der man bisher im Krieg und Frieden und mit der gute Beziehungen zu halten für uns außerordentlich wichtig und im Gegensatz zu Frankreich und England, durchaus möglich ist.

Der deutsche Gesandte Radolun ist in Stockholm angekommen und hat die Geschäfte übernommen.

### Das Attentat auf Erzberger.

Eine Meldung der „N. B.“ besagt: Das Befinden Erzbergers hat sich so gebessert, daß er voraussichtlich am kommenden Montag die Geschäfte seines Amtes wieder aufnehmen kann. Eine genaue Untersuchung hat ergeben, daß der Revolver, der gegen Erzberger benutzt wurde, fünf Kugeln enthalten hat. Drei von ihnen befanden sich nach der Tat noch im Magazin. Nun hat aber die Umgebung Erzbergers deutlich drei Schüsse gehört. Es sind auch zwei Kugeln in der Kleidung beziehungsweise im Automobil des Ministers gefunden worden. Die dritte Kugel sieht, wie die Röntgenbilder andeuten, vor dem Schulterblatt der rechten Seite. Es erhebt sich nun die Frage, von woher die dritte Kugel gekommen sein mag, da drei abgeschossen worden sind, und drei sich noch im Magazin befinden, während doch nur fünf Kugeln in der Waffe waren. Auch die Richter, die sich mit dem Attentat auf Erzberger zu beschäftigen haben, wenden dieser Tatsache bereits die größte Aufmerksamkeit zu.

### Eine neue Beleidigungsklage Erzbergers.

Major Dästerberg behauptete in der „Kreuzzeitung“ vom 24. Nov. 1919 unter der Überschrift „Der erboshene Brief“ ein von ihm an den Kriegsminister persönlich gerichteter Brief sei in dem Büro Erzbergers in Berlin geöffnet und eine Abschrift für Erzberger hergestellt worden. Aus Anlaß dieser Behauptung stellte Erzberger gegen Dästerberg Strafantrag wegen Beleidigung.

### Abg. Müller-Gulda.

Der Abg. Müller-Gulda (Str.) hat wegen Altersschwäche sein Mandat zur Nationalversammlung niedergelegt.

### Sonderfrieden mit Amerika?

Amsterdam, 2. Febr. Aus einer Meldung des „Telegraf“ aus London geht hervor, daß der Beitritt Amerikas zum Völkerbunde, nachdem die Konferenz der beiden Parteien gescheitert ist, ausgeschlossen sei. Die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Deutschland liege im Bereich der Möglichkeit. Wilson müsse entweder der Ratifikation mit Vorbehalt oder der Verschiebung des Beitritts bis nach den Präsidentschaftswahlen sich fügen.

### Englische Sorge vor Angriffen.

Amsterdam, 2. Febr. Englischen Blättern zufolge erklärte Minister Churchill in einer Rede, in der er die Neubildung des Territorialheeres (Freiwilligenheer) zur Verteidigung des britischen Reiches beabsichtige. Die territorialen Streitkräfte seien dazu bestimmt, bei einem Angriff Deutschlands am Rhein oder Rußlands gegen Indien dem regulären Heere zu Hilfe zu kommen.

### Die Litte.

Aus einem Artikel des „Echo du Rhin“, das offenbar eine Meldung des „Matin“ benutzt, geht hervor, daß auf der Auslieferungsliste, entgegen früheren Behauptungen, doch auch Hindenburg und Ludendorff stehen. Ferner werden da genannt Prinz Oskar von Preußen, Bethmann-Hollweg, Tirpitz, die Admirale Capelle und Scheer, ferner Madensen und Falkenhayn.

### Die Adriatrise.

Paris, 2. Febr. Wie der „Intransigeant“ mitteilt, haben England und Frankreich in Belgrad wissen lassen, daß sie sich hinsichtlich der Rücknahme des Kompromißvorschlages über die Adriatrise durch Serbien nunmehr an den Vertrag von London halten werden. Belgrad erkennt den Londoner Vertrag nicht an. (D. Red.)

### Keine Rückkehr der Habsburger.

Paris, 2. Febr. (Havas.) In der heutigen Gesandtschaftsversammlung wurde ein Entschluß gefaßt, der der ungarischen, der tschecho-slowakischen, der rumänischen, der polnischen, der serbo-kroatisch-slavonischen und der österreichischen Regierung überwiegen werden soll und erklärt, daß eine Wiederherstellung der habsburgischen Monarchie nicht dem Friedensvertrage entsprechen würde und weder anerkannt noch gebilligt würde.

Ungarn hat bekanntlich monarchistische Pläne.

Wie dem „Berl. Lokalanzeiger“ aus Wien berichtet wird, befindet sich nach der Erklärung des Vermögensverwalters des Exkaiser, Kaiser Karl in ersten finanziellen Sorgen.

### Die Verteidiger von Ungarn auf der Heimreise.

Amsterdam, 2. Febr. Laut „Nieuwe Courant“ wird aus Tokio gemeldet, daß der frühere Gouverneur von Kwantung, Meyer-Walden, von Tokio nach Deutschland abgereist ist.

### Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 3. Februar.

#### Doch eine Herabsetzung der Brotration.

Wie eine sozialdemokratische Nachrichtenstelle erfährt, hat sich die Lage der Getreideversorgung in der letzten Zeit nicht gebessert. Die Hoffnung auf eine größere Ablieferung infolge der Prämien hat sich nicht erfüllt. Die ungenügende Belieferung der Landwirtschaft mit Kohlen sei am meisten mit Schuld an der langsamen Ablieferung. Trotzdem energische Maßnahmen ergriffen worden seien, um die Landwirtschaft besser zu beliefern, sei eine Erleichterung noch nicht zu erwarten. Infolgedessen wird eine Herabsetzung der Brotration von 264 auf 200 Gr. vorübergehend unerlässlich sein. Vom 9. Febr. ab soll die Brotration, wie verschiedene Blätter erfahren, auch vermindert werden. — Noch vor wenigen Tagen haben die ämtlichen Stellen, wie immer, geltend gemacht, daß an eine Kürzung der Brotration nicht gedacht werde.

Eine Stadtverordnetenversammlung findet am nächsten Freitag statt. Von den 12 Punkten der Tagesordnung erwähnen wir: 1. Stellungnahme zu der Anfrage der Stadt Birkich auf Eingemeindung. 2. Tarifvertrag für die städtischen unkündigen Anstellten. 3. Anfragen der Zentrumsfraktion: a) Wann ist die Ausführung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 31. Juli 1919 betr. feste Anstellung der Verwaltungshilfsbeamten zu erwarten? b) Wie denkt sich der Magistrat die Regelung der Anstellungsverhältnisse der beim Stadt-Arbeitsamt beschäftigten Anstellten? 10. Antrag der Deutsch-demokratischen Fraktion: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, über die im Frühjahr 1919 in Aussicht gestellte Regelung der Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der städtischen Hilfsbeamten und der Bürohilfskräfte der Stadtverordnetenversammlung möglichst umgehend eine entsprechende Vorlage zu machen. 11. Anfrage des Stadtv. R. 1: Wie weit ist die Regelung der Verhältnisse der Beamten und Anstellten geblieben, die im Februar 1919 der gemischten Kommission übergeben wurde? Antrag 12 der U. S. F. ist weniger ein positiver Antrag, als eine Kritik der Lebensmittelverorgungs-Politik der Regierung. Er protestiert gegen die „Liebesgabenpolitik“ der Regierung und steht in der Sozialisierung des Wirtschaftslebens und der Anwesenheitswirtschaft in der Landwirtschaft, sowie der Sozialisierung der Kostenverteilung die geeigneten Maßnahmen, der immer größer werdenden Not zu steuern. Die Fälle der Vorlagen verlornt eine interessante Debatte.

Verband der französischen Kaufleute und Industriellen im Bezirk Wiesbaden und der Rheinprovinz. Am 1. Febr. hat in Wiesbaden die Gründungsversammlung des Verbandes der französischen Kaufleute und Industriellen „du Cercle Wiesbaden et du Pays Rhénans“ stattgefunden. Den Vorsitz führte Herr Alexis Josquin von der Agence commerciale des Pays Rhénans, der von der Versammlung zum Präsidenten des Ausschusses der „Union des Commerçants et Industriels Français“ gewählt wurde. In seiner Eröffnungsrede betonte Herr Josquin laut „Echo du Rhin“, die Konstituierung des neuen Verbandes bezwecke, gemeinsam zu arbeiten an dem großen Werk der Ausbreitung der Handelsbeziehungen und der wirtschaftlichen Annäherung. Herr Victor Dondon, der zum Generalsekretär gewählt wurde, legte die Ziele der „Union“ dar: die Arbeit des Verbandes gelte allen Ein- und Ausfuhrfragen, der Verbesserung und Festigung der Wirtschaft, Schutz gegen alle Härten, Verbote usw., Schaffung einer kostenlosen Auskunftsstelle, einer Handelskammer, eines je zur Hälfte aus Franzosen und Deutschen bestehenden Schiedsgerichts sowie Prüfung aller lokalen Fragen in Bezug auf Unterbringung, Verpflegung usw. der französischen Familien. An den Präsidenten der hohen internationalen Kommission für die Rheinlande, Herrn Tirard, wurde die Abstimmung einer Adresse beschlossen, in der Herr Tirard ersucht wird, das Ehrenpräsidium des neuen Verbandes zu übernehmen. Der Union werde bestritten, den hohen Kommissar in der Erfüllung seiner Aufgabe zu unterstützen; für ihre Arbeit hoffe sie dagegen auf wohlwollende Förderung.

Der Elternabend für die Elternbeiträge findet im Saal II Mittwoch, den 4. Febr., abends 8 Uhr, in der Aula statt.

Städtische Oberrealschule. Die Eltern der Schüler der Städtischen Oberrealschule werden von der Direktion der Anstalt für nächsten Mittwoch Abend 8 Uhr zu einer Besprechung wegen der bevorstehenden Wahlen zum Elternbeirat in den Saal der Schule (am Bintenring) geladen.

13. Landwirtschaftlicher Bezirksverein. Am Mittwoch, den 4. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet in Kuringen-Wedensbach, im Gasthaus zum „Hinkelhaus“ eine Versammlung des 13. landwirtschaftlichen Bezirksvereins statt. Die Tagesordnung umfasst Geschäftsliche Mitteilungen sowie einen Vortrag des Herrn stellvertretenden Vorsitzers von der Landwirtschaftskammer in Wiesbaden über die Lebensmittelversorgung Deutschlands und die Aufgabe der Bauernschaften mit einem Hinblick auf die kommende Reichstagswahl mit anschließender Besprechung des Vortrages und verschiedener Tagesfragen.

Die Deutsche Bank beabsichtigt, in Biebrich am Rhein eine Zweigstelle zu errichten, die zum Geschäftsbereich ihrer Niederlassung in Wiesbaden gehören wird. Ein geeignetes Haus in Biebrich ist bereits gesichert.

Vermischtes.

Für 30 Millionen Mark Eisenbahngüter geköfen. Laut Meldungen der Eisenbahndirektion Breslau deckte die Ueberwachungsabteilung im Verein mit der Kriminal-polizei Diebstahl in großem Umfang bei der Güter-abfertigung Breslau-Ost auf.

Drei Kinder einer Witwe durch Gas vergiftet. In einem Hause der Oststraße in Breslau wurden der 17jährige Sohn und die 15- und 19jährige Töchter der Witwe Weiss, die verstorben war, infolge Gasvergiftung tot aufgefunden.

Volkswirtschaft.

Berliner Börse.

Stabilität auf der ganzen Linie. Berlin, 2. Febr. Ein stützender Kaufdruck in Industriewerten jeglicher Art kennzeichnet auch heute den Börseverkehr. Es wurden nahezu alle geforderten Preise bezahlt, was in Dittens- und Bergwerksaktien Erhöhungen

bis zu 20 Prozent und mehr zur Folge hatte. Von Kaliwerten hingen besonders Kaliwerte Alsterleben und Westeregeln. Eigentliche Kaliumwerte traten etwas in den Hintergrund bei verhältnismäßig wenig Änderungen. Kolonialwerte behauptet. Deutscher Südbahn lagen gedrückt auf das Schließen der Verhandlungen mit den französischen Prioritätsbesitzern. Am Anlagemarkt waren deutsche Werte wenig verändert. Ausländische Fonds bewegten sich in steigender Richtung.

Table with columns for V.K., L.K., and various stock symbols like Deutsche Bank, Dresdner Bank, etc.

Table titled 'Devisenmarkt' showing exchange rates for Gold, Brief, and various currencies like Holland, Dänemark, Schweden, etc.

Valutenmarkt weiter verheißt; französische Noten bis 600, englische Pfund 810, Dollars 90 bezahlt.

Berliner Produktmarkt vom 2. Februar. Der Produktmarkt zeigte für Leder wieder eine sehr feste Haltung bei unvermindert hohen Forderungen. Jedoch gelanden sich hier die Käufer für Lederwaren noch vorläufig. Erbsen blieben für gute Sorten gefragt, während geringere Qualitäten schwer verkäuflich waren.

Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: H. Großfuß; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil: H. G. Eisenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Bericht und Sport: Heinz Gorenz; für die Nachrichten: Job. Schler; Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G.m.b.H. (Eigtl.) in Wiesbaden.

Kursbericht der Frankfurter Börse

Table with columns for V.K., L.K., and various stock symbols like Deutsche R.-Anl., Staats-Anleihen, etc.

Aktien ansl. Transportanstalten.

Table with columns for V.K., L.K., and symbols like Ost. Südb. (Lomb.), Westsüdbahn, etc.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table with columns for V.K., L.K., and symbols like Aschaffenburg Zellulose, Barmbecker, etc.

Bergwerks-Aktionen.

Table with columns for V.K., L.K., and symbols like Bochum, Böh. u. Gussst., etc.

Provincial- und Kommunal-Obligationen.

Table with columns for V.K., L.K., and symbols like Bayr. H.A. Wechselb., etc.

Large advertisement for 'Ausführung von Aufträgen aller Art' with text: 'Wegen Ueberlastung sind die unterzeichneten Banken bis auf weiteres nicht in der Lage, die Ausführung von Aufträgen aller Art am Eingangstage zu gewährleisten.' Includes names of banks like Oppenheimer & Co., etc.

Advertisement for 'Besuchen Sie SIMPLICISSIMUS Künstlerspiele.' (6163)

In unser Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 47 folgendes eingetragen worden: Spar- und Darlehnskasse, einseitige Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung, Weipferfelden.

Advertisement for 'Besuchen Sie SIMPLICISSIMUS Künstlerspiele.' (6163)

Advertisement for 'Wintergarten Wiesbaden' featuring 'Erster grosser Maskenball mit Faschingstreiben' on Sunday, Feb 8th.

Advertisement for 'Besuchen Sie SIMPLICISSIMUS Künstlerspiele.' (6163)

Holzversteigerung. Freitag, den 5. Februar 1920, vormittags 10 Uhr kommt im hiesigen Gemeindefeld, Distrikt 7 Wiesbadener Weg, bei guter Abfahrt öffentlich meistbietend gegen Barzahlung folgendes Gehölz zur Versteigerung:

Advertisement for 'Berfer-Seppidge' and 'Verloren Gold. Mantelkettentopf mit Brillant.'

Advertisement for 'Besuchen Sie SIMPLICISSIMUS Künstlerspiele.' (6163)